

Thorsten Frei: CDU-Politiker wirft Robert Habeck Hinterzimmer-Politik vor

31.05.2023, 11.22 Uhr



CDU-Mann Frei: »Weiterhin keine Einigung in Sicht«

Foto:

Bernd von Jutrczenka / dpa

Statt im Bundestag über das Heizungsgesetz zu diskutieren, berät die Ampel derzeit vor allem in internen Runden über das Projekt. Das Parlament sei zu wenig eingebunden, moniert der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unions-Bundestagsfraktion, [Thorsten Frei](#).

»In ihrem Koalitionsvertrag hatte die Ampel angekündigt, das Parlament stärker zu einem Ort der Debatte zu machen«, sagte der [CDU](#)-Politiker dem SPIEGEL. »Genau das Gegenteil ist leider zu beobachten: Die Ampel verhindert die parlamentarische Debatte, um anschließend mit Verbänden hinter verschlossenen Türen zu diskutieren.«

Frei bezieht sich darauf, dass Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) am Dienstagabend mit Vertretern der Ampelfraktionen über die stockenden Verhandlungen zum Gebäudeenergiegesetz beriet.

Mehr zum Thema



»Für die Bürger verheißt das nichts Gutes«, sagte der [CDU](#)-Politiker. »Das Gesetz soll bereits in einem halben Jahr in Kraft treten, aber über eine finanzielle Unterstützung der Bürger und Unternehmen sowie über das weitere Verfahren ist weiterhin keine Einigung in Sicht.« Verlässliche Gesetzgebung sehe anders aus.

Wirtschaftsminister Habeck hatte sich mit Fachpolitikern der Ampelkoalition getroffen, um vor allem über offene Fragen der [FDP](#) zu den Gesetzesplänen zu beraten. Eigentlich hatte sich der Grünenpolitiker vorgenommen, das Heizungsgesetz dem [Bundestag](#) schon im Mai zur Beratung vorzulegen. Das scheiterte am koalitionsinternen Widerstand der [FDP](#). Derzeit ist unklar, ob das Gesetz noch vor der Sommerpause ins Parlament eingebracht wird. Eigentlich soll es Anfang 2024 in Kraft treten.

[SPD](#) und Grüne hoffen indes auf eine baldige Einigung im Heizungsstreit. Mit »etwas gutem Willen« sei eine Verabschiedung vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause Anfang Juli möglich, sagte die Parlamentarische Geschäftsführerin der [SPD](#)-Bundestagsfraktion, Katja Mast, den Sendern RTL und ntv. Auch Grünen-Fraktionschefin [Katharina Dröge](#) äußerte sich zuversichtlich. [FDP](#)-Fraktionsvize Christoph Meyer sagte hingegen, es seien weiterhin viele Fragen ungeklärt.

Habeck hat Kompromisslinien vorgelegt

Habeck hatte am Freitag mögliche Kompromisslinien zu dem Gesetzentwurf aufgezeigt. Der Entwurf sieht in seiner bisherigen Fassung vor, dass im Regelfall neue Heizungen ab 2024 nur noch eingebaut werden dürfen, wenn sie zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden können. Der Minister schlägt nun vor, dies möglicherweise zunächst auf Neubauten zu beschränken und für Bestandsgebäude erst später in Kraft zu setzen. Zudem zeigte er sich zu weiteren Flexibilisierungen der Vorschriften bereit.

[CDU](#)-Generalsekretär [Mario Czaja](#) warf der [SPD](#) und Bundeskanzler [Olaf Scholz](#) angesichts des Koalitionsstreits über das Heizungsgesetz mangelnde Führung vor. »Die [SPD](#) führt überhaupt nicht«, sagte er am Mittwoch im ZDF-»Morgenmagazin«. Es gebe weit über 70 Gesetze, die mangels einer Einigung zurückgestellt seien. Scholz lasse »diese Streitigkeiten alle laufen«. Vorwürfe, die [CDU](#) habe in ihren 16 Jahren an der Regierung selbst die Wärmewende verschlafen, wies Czaja zurück.